



N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Haupt- und Finanzausschusses
der Stadt Monheim am Rhein vom 29.09.2011

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 19:32 Uhr
Ende: 20:58 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Peter Werner

Vertretung für Herrn Tim Brühland

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann

Herr Karsten Köchling

Frau Janne Oberdieck

Herr Andreas Piana

Herr Lucas Risse

Vertretung für Frau Lisa Riedel

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen

Herr Helmut Nieswand

Frau Ursula Schlößer

Vertretung für Herrn Werner Goller

Vertretung für Herrn Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Vertretung für Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

es fehlen entschuldigt

Herr Tim Brühlend
Herr Werner Goller
Frau Lisa Riedel
Frau Dr. Doris Schröder-Weber
Herr Alexander Schumacher

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Herr Max Herrmann
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2011 VIII/0671
5. Winrich-von-Kniprode-Grundschule VIII/0670
Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit der Turnhalle als Versammlungsstätte
6. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Bürgerantrag" von Anwohnern der Straße Schellberg vom 12.12.2010 zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren vom 16.12.2008 VIII/0472/3

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 7. | Dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
Einführung eines "SozialTickets" im VRR als Pilotprojekt | VIII/0554 |
| 8. | Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein
gemeinnützige Gesellschaft mbH | VIII/0669 |
| 9. | Strategiekonzept der Altenburg Unternehmensberatung GmbH
für die Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH | VIII/0691 |
| 10. | Unterjähriger Finanzbericht der Gesamtverwaltung sowie der
Bereiche 00, 10, 20 und 90 für den Zeitraum Januar - August
2011 | VIII/0675 |
| 11. | Mündliche Mitteilungen | |
| 11.1. | Musikschule für alle | |
| 12. | Mündliche Anfragen | |
| 12.1. | Auslagen der Geschäftsleute des Rathauscenters | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er weist auf die schriftlich bekanntgegebene Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage VIII/0691 als neuen TOP 9 der öffentlichen Sitzung hin und darauf, dass sich die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte entsprechend ändert.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 13.07.2011 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Keine Wortmeldungen.

- 4 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2011
Vorlage: VIII/0671**

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

- 5 Winrich-von-Kniprode-Grundschule
Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit der Turnhalle als Versammlungsstätte
Vorlage: VIII/0670**

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die verteilte Anlage zu dieser Vorlage hin, die eine detaillierte Kostenberechnung und Ausführungen zu der Sonderbauverordnung enthält.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen regt an, sämtliche Turnhallen im Stadtgebiet auf die Nutzung als Versammlungsstätte hin zu überprüfen. Sie sei auch von einer Mutter eines Kindes der Lottenschule angesprochen worden, die angemerkt habe, dass auch die Mensa dort, die für Veranstaltungen genutzt würde, für größere Versammlungen wie beispielsweise bei den Einschulungen von der Kapazität her nicht ausreichend sei. Daher lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Beschlussvorschlag ab, da dieses Thema für alle Schulen untersucht werden müsse.

Es seien alle Turnhallen seitens der Verwaltung besichtigt worden, so der Bürgermeister. Jedoch sei nicht geplant, für die anderen Turnhallen entsprechende Kostenkalkulationen zu erarbeiten. Alternative Versammlungsstätten für alle anderen Schulen seien vorhanden und aufgeführt. Lediglich bei der Winrich-von-Kniprode-Schule gebe es keine Alternative auf dem Schulgelände.

Die letztendliche Entscheidung könne erst im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2012 erfolgen, so die Sprecherin der SPD-Fraktion. Weiterhin weist sie darauf hin, dass durch diese Maßnahme Begehrlichkeiten der anderen Schulen geweckt werden könnten, die den finanziellen Rahmen sprengen würden.

Der Bürgermeister erwidert, dass es sich hier nicht um einen Baubeschluss handle. Es gehe darum, die Verwaltung zu beauftragen, die Vorbereitungen zu treffen und entsprechende Mittel in den Haushaltsplanentwurf aufzunehmen. In den Haushaltsplanberatungen werde dann über die Mittelbereitstellung beraten und abgestimmt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt in diesem Zusammenhang nach, ob die Veranstaltung „Schunkelnde Sandberghalle“ durch die Sonderbauverordnung gefährdet sei.

Der Bürgermeister erläutert, dass durch realisierbare Maßnahmen die Einzelveranstaltung genehmigungsfähig sei. Jedoch gelte dies ausschließlich für die „Schunkelnde Sandberghalle“, weil für diese ein umfassendes Brandschutzkonzept vorliege.

Die Verwaltung weist in Bezug auf die Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport darauf hin, dass sie vorgeschlagen habe, die Mittel für die erforderliche Toilettensanierung im PPP-Budget für 2012 aufzunehmen. Hierüber sei nun im Vertragsbeirat zu beschließen.

Weiterhin erklärt die Verwaltung, dass die Schulentwicklungsplanung Baumberg derzeit bearbeitet würde. Ein Konzept würde noch in diesem Jahr vorgestellt.

Beschlussempfehlung

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, das Genehmigungs- und Planungsverfahren für die Turnhalle der Winrich-von-Kniprode-Schule durchzuführen, insbesondere das Brandschutzkonzept zu entwickeln.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Verwaltung zu beauftragen, die erforderlichen Mittel in den Haushaltsplanentwurf einzustellen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 17 Nein 1 (dagegen: 1 Bündnis 90/Die Grünen)

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Bürgerantrag" von Anwohnern der Straße Schellberg vom 12.12.2010 zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren vom 16.12.2008

Vorlage: VIII/0472/3

Protokoll:

Die Verwaltung führt aus, dass die Umsetzbarkeit nochmals rechtlich eingehend überprüft wurde. Die alleinige Herausnahme der Straße Schellberg würde eine Satzungsänderung nach sich ziehen, die Ansprüche für andere Straßen auslöse. Sofern staatliche Stellen eine Entscheidung treffen, legten sie damit einen Rahmen fest, der für alle gelte. Ansonsten würde gegen das Willkürverbot verstoßen. Bei Erlass der Satzung habe der Rat allgemein gültige Kriterien aufgestellt. Diese Kriterien seien bindend. Es sei festgelegt worden, dass die Zumutbarkeit der Straßenreinigung einzig von der Verkehrsbelastung der Straße abhänge. Dies sei auch gesetzlich vorgeschrieben. Diese Zumutbarkeitsgrenze würde durch Nachkommen des Bürgerantrages auf 30 Fahrzeuge pro Tag sinken und für alle Straßen im Stadtgebiet gelten. Eine Änderung lediglich zugunsten der Straße Schellberg würde gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen und wäre somit rechtswidrig. Die Senkung der Kriterien auf 30 Fahrzeuge täglich würde bei etlichen Straßen eine städtische Reinigungspflicht nach sich ziehen –Beispiele werden anhand von Fotos dargestellt- und immense Kosten verursachen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion merkt an, dass es sich hier um einen anderen Sachverhalt handele, da es sich am Schellberg um hauptsächlich gewerbliche Fahrzeuge der Telekom handele.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Gesetz und die Satzung keine Unterscheidung hinsichtlich gewerblicher oder nicht gewerblicher Fahrzeuge treffe. Nur die Anzahl der Kraftfahrzeuge sei ausschlaggebend.

Hier läge ein Ausnahmetatbestand vor, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Eine Ausweitung auf andere Straßen könne daher nicht nachvollzogen werden. Abgesehen davon stehe hier der Winterdienst zur Debatte. Die Straßenreinigung solle weiterhin durch die Anlieger erfolgen. Eine Möglichkeit bestünde auch, die Satzung nicht zu ändern und die Städtischen Betriebe mit dem Winterdienst für die in Rede stehende Straße zu beauftragen.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Monheim am Rhein abweichend von der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen dem Bürgerantrag nicht zu entsprechen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 7 Nein 11 (dafür: 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Bürgermeister)

Anschließend stellt der Bürgermeister den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Geänderte Beschlussempfehlung

„Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Monheim am Rhein dem Bürgerantrag zu entsprechen.“

mehrheitlich zugestimmt

Ja 11 Nein 7 (dagegen: 5 Peto, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Bürgermeister)

7

Dringliche Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
Einführung eines "SozialTickets" im VRR als Pilotprojekt
Vorlage: VIII/0554

Protokoll:

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass eine Zustimmung lediglich erfolgen könne, wenn die Ausgaben durch entsprechende Landesmittel gedeckt seien.

Der Bürgermeister antwortet, dass es nicht möglich sei, den Beschluss unter Vorbehalt zu stellen, da weder Land, Verkehrsbetrieb noch die Verwaltung wisse, ob die Landesmittel zur 100%igen Deckung ausreichen würden. Dies liege daran, dass nicht vorhersehbar sei, wie viel Menschen das SozialTicket beanspruchen würden. Die möglichen Kosten könnten daher nicht beziffert werden. Das finan-

zielle Risiko sei jedoch überschaubar.

Es gebe auch ein Mieterticket, so Ratsherr Piana. Hier würden sämtliche Kosten durch Zuschüsse aufgefangen. Hier sei interessant zu erfahren, warum im Fall des SozialTickets eine Deckelung der Landesmittel erfolge. Er bittet um Erläuterung der Unterschiede.

Die Einzelheiten seien nicht bekannt, erklärt der Bürgermeister. Daher werde die Frage schriftlich beantwortet.

Ratsherr Bosbach, der als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Zweckverband des VRS entsandt ist, erklärt, dass am nächsten Tag eine Sitzung des Zweckverbandes stattfinde, in der auch über das SozialTicket beraten werden solle. Dazu sei auch eine Vorlage erstellt worden, die zu Irritationen geführt habe. Am 09.09.2011 seien die Mitglieder des VRS darüber informiert worden, dass ein solches SozialTicket geplant sei. Die Stadt Monheim am Rhein sei hier angenommen. Weder habe er als Vertreter die Informationen erhalten, noch sei die Stadt Monheim am Rhein in der Vorlage als Beteiligte aufgeführt. Jedoch sei die Stadt Monheim am Rhein, neben der Mitgliedschaft beim Zweckverband VRR, ebenfalls Mitglied des VRS, da die örtliche Lage an der Verbundgrenze dies erforderlich mache. Zu akzeptieren sei daher diese Beschneidung der Mitgliedsrechte beim Zweckverband VRS nicht. Diese Auffassung würde auch in der morgigen Sitzung deutlich gemacht, so Ratsherr Bosbach.

Beschlussempfehlung

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Wege einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW folgendes:

1. Die Stadt Monheim am Rhein stimmt der Einführung eines „SozialTickets“ im VRR als Pilotprojekt für den Zeitraum vom 01.11.2011 bis längstens zum 31.12.2012 zu.
2. Die Stadt Monheim am Rhein wird beauftragt, die entsprechenden Anträge zu stellen, um die Förderbeträge des Landes NRW zu erhalten, die den Städten als Teilnehmer an dem Projekt zur Deckung der Mindererlöse bei den Verkehrsunternehmen für die mit dem „SozialTickets“ verbundenen Preissenkungen zugewiesen werden.

einstimmig zugestimmt

Ja 17 Enthaltung 1 (enthalten: 1 FDP)

8 Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH Vorlage: VIII/0669

-

Protokoll:

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Auskunft, ob es aufgrund des Not-

haushaltsrechts eine Beschränkung im Hinblick auf die Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH gebe, da es sich um eine freiwillige Leistung handele.

Hier gehe es um Daseinsvorsorge, so dass mit Einschränkungen nicht zu rechnen sei, erläutert der Bürgermeister. Auch die Aufsichtsbehörde habe bislang keinen anderslautenden Hinweis gegeben.

Beschlussempfehlung

Der Wirtschaftsplan 2012ff. der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH wird gemäß § 12 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages dem Rat der Stadt Monheim am Rhein vorgelegt.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt den städtischen Vertreter der Bibliothek Monheim am Rhein gemeinnützige Gesellschaft mbH, den vorliegenden Wirtschaftsplan 2012ff. in der Gesellschafterversammlung zu verabschieden.

einstimmig zugestimmt

**9 Strategiekonzept der Altenburg Unternehmensberatung GmbH für die Allwetterbad der Stadt Monheim am Rhein GmbH
Vorlage: VIII/0691**

Protokoll:

Der Bürgermeister merkt an, dass das Strategiekonzept bereits im MVV-Aufsichtsrat beraten worden sei und erläutert die Vorlage.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt für das mona mare die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Tarifergänzungen ab dem 01.01.2012.

einstimmig zugestimmt

**10 Unterjähriger Finanzbericht der Gesamtverwaltung sowie der Bereiche 00, 10, 20 und 90 für den Zeitraum Januar - August 2011
Vorlage: VIII/0675**

Protokoll:

Die Verwaltung nimmt Stellung zu 2 Fragen, die im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport zu dem Finanzbericht des Bereichs 40 gestellt wurden:

1. Die Differenz zwischen den Angaben in der Bereichsübersicht zum Plan-Stichtag und Ist-Stichtag ergebe sich dadurch, dass die Mittelzuflüsse (Ist-Stichtag) monatlich nicht in gleicher Höhe erfolgen, wie es aber geplant sei (Plan-Stichtag).
2. In der Kommentierung sei die Formulierung „Die Budgetentwicklung liegt im Trend der Jahresplanung“ angegeben. Dies sei auf den ersten Blick nicht im-

mer erkennbar. Grund hierfür sei, dass im Rahmen der Haushaltssicherung Einsparvorgaben bei den Personalkosten gemacht worden seien, die jeweils im Overhead des Bereichs ausgewiesen seien. Auf den Bereich Schulen entfallen 8.200 € des einzusparenden Gesamtbetrages. Dieser Betrag könne derzeit im Overhead nicht eingespart werden. Insgesamt auf das Bereichsbudget bezogen sei die Einsparvorgabe jedoch zu realisieren. Insofern liege die Budgetentwicklung im Trend der Jahresplanung.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um Beantwortung der folgenden Punkte:

1. Auf Seite 6 sei erwähnt, dass angestrebt werde, die Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung bis zum Jahresende abzuschließen. Hier sei eine Information wünschenswert, auf welcher Basis die Differenzierung erfolgen solle.

Der Bürgermeister erläutert, dass endlich Einvernehmen mit dem Personalrat bestehe, dass es die leistungsorientierte Bezahlung zukünftig geben werde. Über die Probephase und den tatsächlichen Beginn werde derzeit noch verhandelt. Die Durchführung würde über Zielvereinbarungen, Feststellung des Grades der Zielerreichung und Anwendung eines Punktesystems erfolgen. Die Durchführung würde durch eine Betriebliche Kommission überwacht. Sobald eine endgültige Einigung erfolgt sei, würde der Haupt- und Finanzausschuss über die Details informiert.

2. In der Begründung sei auf Seite 11 erwähnt, dass im Produkt Ordnungsangelegenheiten / Kommunaler Ordnungsdienst zwei Stellen unbesetzt seien. Weiterhin seien 2 Teilzeitstellen zusätzlich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen worden. Hier stelle sich die Frage, warum diese Stellen noch vakant seien.

Die derzeitige Vakanz einer Vollzeitstelle ergebe sich aus dem Umstand, dass die dort eingesetzte Beschäftigte zur Personalratsvorsitzenden gewählt und freigestellt worden sei, so die Verwaltung. Die bisherige Stelleninhaberin der Teilzeitstelle befinde sich derzeit in Elternzeit. Hier sei die Frist der Wiederbesetzungssperre abgelaufen, so dass derzeit 3 Teilzeitstellen ausgeschrieben seien, mit deren Besetzung bis zum Jahresende zu rechnen sei. Eine Besetzung der beiden zusätzlich beschlossenen Teilzeitstellen sei derzeit nicht möglich. Hier sei die Aufsichtsbehörde der Auffassung, dass eine Besetzung nur möglich sei, wenn die Personalkosten an anderer Stelle im Personalkostenbudget eingespart werden könnten.

3. In der Kommentierung auf Seite 19 sei erwähnt, dass in der Abteilung Abwassertechnische Anlagen ein Beschäftigter aus dem Dienst ausgeschieden sei. Wann sei hier mit einer Wiederbesetzung zu rechnen?

Der Bürgermeister erklärt, dass hier bereits eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre seitens der Aufsichtsbehörde erteilt und die Stelle ausgeschrieben sei.

Beschlussempfehlung

Der Finanzbericht der Gesamtverwaltung sowie der Bereiche 00, 10, 20, 71 und 90 für den Zeitraum Januar – August 2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

einstimmig zugestimmt

11 Mündliche Mitteilungen

11.1 Musikschule für alle

Protokoll:

Die Verwaltung berichtet, dass der Zuwendungsbescheid des Landes zur weiteren Förderung des Monheimer Modells „Musikschule für alle“ nun vorliege. Für das laufende und nächste Schuljahr sei eine Förderung von 112.000 € zugesagt.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Auslagen der Geschäftsleute des Rathauscenters

Protokoll:

Ratsfrau Schlößer berichtet, dass die Geschäftsleute des Rathauscenters angewiesen worden seien, ihre Auslagen, die außen vor den Geschäften aufgestellt seien, nach innen zu räumen. Sie bittet um Mitteilung, wer das aus welchen Gründen angeordnet habe.

Hierüber liegt derzeit keine Information vor, so der Bürgermeister. Die Anfrage würde daher, nach entsprechender Recherche, schriftlich beantwortet.

Daniel Zimmermann
Vorsitzender

Anke Bitsch
Schriftführerin